



Presseschau vom 24.06.2015:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *andere ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends/nachts:

Dnr-news.com: Mikola Machno, ein junger Faschist aus Kiew, lehrte seine kleine Schwester den Hitlergruß und ließ sie mehrfach vor laufender Kamera mit einem Messer in der Hand Morddrohungen gegen die Russen und gegen Putin ausstoßen.

Anschließend stellte er die Videos mit entsprechenden Kommentaren ins Netz.

https://youtu.be/f0pieDJI_HA

(Das Mädchen sagt: „Sieg Heil! Ich werde die Russen aufschlitzen! Tod den Russen! Tod dem Putin!“ – Anm. d. Übers.)

Rusvesna.su: Etwa um 20:30 begann am 23. Juni der massive Beschuss von Gorlowka. Die ukrainische Seite führt den Angriff von ihren Positionen in Dzerzhinsk aus. Auch nach Mitternacht hielten die Beschüsse an.

Lug-info.com: Der Gesetzesentwurf über örtliche Wahlen, der von der Obersten Rada der Ukraine in erster Lesung angenommen wurde, wurde nicht mit der Kontaktgruppe abgestimmt und widerspricht dem Maßnahmekomplex zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen. Dies erklärte der bevollmächtigte Vertreter der LVR bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnogo.

„Die Oberste Rada hat in erster Lesung einen Gesetzesentwurf über örtliche Wahlen angenommen. Sie haben dies ohne Abstimmung mit der Kontaktgruppe getan, keinerlei Unterlagen zur Erörterung zur Verfügung gestellt. Selbständig haben sie irgendeine

„Eigenmächtigkeit“ durchgeführt, die vollständig dem Maßnahmenkomplex widerspricht“, sagte Dejnago. ...

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden dreimal das Regime der Feueereinstellung gebrochen, teilte die Volksmiliz der LVR mit. Beschossen wurden Weselaja Gora, die Sommerhäuser bei Nikolajewka sowie ein Checkpoint der Volksmiliz unter Anwendung von Granatwerfern und gepanzerter Militärtechnik.

De.sputniknews.com: Die Außenminister der Normandie-Vierergruppe (Russland, Deutschland, Frankreich und die Ukraine) haben bei ihrem Treffen am Dienstag in Paris erneut bekräftigt, dass die Minsker Vereinbarungen zur Beilegung der Krise in der Ukraine weiterhin aktuell sind.

Bei den mehr als dreistündigen Gesprächen hinter verschlossenen Türen besprachen die Seiten zudem, wie die Umsetzung des Minsk-Abkommens zu fördern sei – nämlich durch den Mechanismus der Ukraine-Kontaktgruppe, einschließlich Aufbau eines direkten Dialogs zwischen Kiew und den selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk.

Laut Russlands Außenminister Sergej Lawrow haben sich die Minister darauf geeinigt, in jedem Punkt der Minsker Vereinbarungen voranzuschreiten.

„Wir haben in erster Linie festgestellt, und das ist am wichtigsten, dass das ganze Maßnahmenpaket, das in Minsk am 12. Februar gebilligt worden ist, in Kraft bleibt – und eben als Paket“, sagte Lawrow.

Lawrow zufolge haben seine Amtskollegen aus Deutschland und Frankreich, Frank-Walter Steinmeier und Laurent Fabius, bei dem Gespräch darauf verwiesen, dass das Minsker Format für die Beilegung im Donbass alternativlos sei. Außer dem Minsk-Abkommen gebe es kein anderes Dokument zur Regelung des Friedensprozesses, betonte Steinmeier nach dem Gespräch in Paris gegenüber Journalisten.

Das Hauptaugenmerk galt Lawrow zufolge der Aufnahme eines direkten Dialogs zwischen Kiew, Lugansk und Donezk zur Umsetzung der Schlüsselbestimmungen der Minsker Vereinbarungen in allen Bereichen, darunter auch in der Militärpolitik, in der Wirtschaft und in der humanitären Sphäre.

Novorossia.su: In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch fing in Poltawa ein Lastwagen der ukrainischen Armee mit Munition Feuer und explodierte. Der Brand ereignete sich laut ukrainischen Medien um 00.40 Uhr. Zur Ladung des Lastwagens gehörten auch Minen. Das Auto hatte nach Zeugenberichten während der Fahrt Feuer gefangen. Die Soldaten hatten zunächst versucht, das Feuer selbst zu löschen, forderten dann aber Hilfe an. Ein Teil der Munition würde durch den Brand gezündet. Die Bewohner Poltawas hörten gegen ein Uhr morgens die ersten Explosionen. Laut Anwohnerberichten explodierte mindestens 15 Minuten lang ständig Munition. Die letzten Geräusche von Explosionen wurden von ihnen gegen 4 Uhr morgens registriert. Nach den jüngsten Angaben gab es bei dem Feuer keine Opfer, jedoch sind Munitionsteile in einem Umkreis von mehreren Dutzend Metern verstreut. Wie die Behörden versicherten, habe es keine Verletzten gegeben, allerdings wurden am Ort des Geschehens Krankenwagen gesehen.



http://novorossia.su/sites/default/files/arv_0.jpg

Rusvesna.su: Über 500 Zivilisten starben im Donbass seit dem 15. Februar 2015, als im Einklang mit dem Maßnahmenkomplex zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen in der Region Waffenruhe eingeführt wurde.

Das wurde von der Volksmiliz der Volksrepublik Lugansk gemeldet. Früher wurde vom Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte mit Verweis auf die Daten vom 3. Mai des laufenden Jahres mitgeteilt, dass in der Ukraine während des Krieges 10 243 Tausend Menschen getötet und 15 615 verwundet wurden.

Laut dem Vertreter der Volksmiliz haben die ukrainischen Soldaten die Waffenruhe über 9 Tausend Mal verletzt. Darunter wurden 1 200 Mal die Beschüsse der Wohnorte registriert. In der Volksmiliz wurde auch vermerkt, dass durch die Beschüsse der Wohnorte in Donbass durch die ukrainische Armee auch unschuldige Kinder getötet werden. In der Zone der sogenannten „antiterroristischen Operation“ wurden über 70 Kinder getötet und mehr als 200 verwundet.

De.sputniknews.com: Die niederländische Regierung verhandelt mit anderen Ländern über Möglichkeiten für gerichtliche Ermittlungen des Absturzes der MH17-Linienmaschine im Juli 2014 im Osten der Ukraine, meldet Reuters.

„Der Internationale Gerichtshof ist die beste Variante“, zitiert die Agentur einen anonymen Vertreter der niederländischen Regierung. „Wir hoffen, dies wird eine hervorragende Möglichkeit für die Zusammenarbeit aller Länder bieten“, die mit der Tragödie im Zusammenhang stehen.

Die Boeing 777 der Malaysia Airlines mit der Flugnummer MH17 war am 17. Juli im umkämpften ostukrainischen Gebiet Donezk abgestürzt. Alle 298 Insassen der Verkehrsmaschine, die von Amsterdam nach Malaysia unterwegs war, kamen ums Leben. In der Region lieferten sich die ukrainische Armee und bewaffnete Regierungsgegner heftige Gefechte. Die Regierung in Kiew und die Milizen werfen sich gegenseitig vor, den Jet abgeschossen zu haben.

Weil die meisten Opfer Niederländer waren, übernahmen die Niederlande die Leitung der Ermittlungen. Nach monatelangen Untersuchungen haben die Niederlande 147 Ermittlungsunterlagen für geheim erklärt. Die Ermittler wollen bis Oktober einen endgültigen Bericht zu den Absturzursachen präsentieren.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30263/60/302636089.jpg>

Dnr-online.ru: Am 24. Juni wird die weltbekannte Pianistin Valentina Lisitsa ein Konzert in Jenakiewo geben, am 25 Juni tritt sie in Tores auf.

„Wir wollen mehr Musik, mehr Kunst, den Studenten helfen so zu spielen, dass das Volk von ihnen auf Festivals hört und dies auch außerhalb der Grenzen der Republik erreichen. Sportler treten schon unter der Flagge der DVR auf. Warum sollten Musiker das nicht tun? Sie haben da bemerkenswerte“, sagte sie.

Wie die Pianistin auf einer Pressekonferenz in Donezk sagte, plant sie, weiter mit dem Kulturministerium der DVR zusammenzuarbeiten. Valentina Lisitsa denke speziell über die Möglichkeit der Durchführung eines Konzerts mit klassischer Musik am vom Krieg zerstörten internationalen Sergej-Prokofjew-Flughafen von Donezk nach.

„Prokofjew ist ein Komponist mit Wurzeln hier. Er war ein Komponist aus dem Donbass. Wir alle haben den Prokofjew-Flughafen gesehen – ein grandioses Bauwerk, ein Symbol der europäischen Vereinigung, als die Fußballeuropameisterschaft stattfand. Und allen ist bekannt, in was er nun verwandelt wurde! Es wäre sehr symbolisch, wenn Frieden ist, auf dem Hintergrund dieser Trümmer, auf dem Hintergrund des Kontrastes – der Zerstörungen und der Vernichtung, die im Donbass erfolgt sind, dort klassische Musik zu spielen, dort Prokofjew zu spielen“, sagte sie.

De.sputniknews.com: Russlands Außenminister Sergej Lawrow ist nach eigenen Worten „nicht überrascht“ vom WikiLeaks-Bericht über das Abhören von Telefonaten der drei letzten französischen Präsidenten.

„Ich habe die Nachricht zwar nicht gesehen, überraschen würde mich dies aber nicht“, sagte er bei einer Pressekonferenz nach Abschluss der Verhandlungen der vier Außenminister im „Normandie-Format“ in Paris.

„Jedenfalls würde ich sagen, dass bei uns heute bei den Verhandlungen alle Mikrofone mal sich alle gleichzeitig aus- und dann wieder einschalteten“, fügte er scherzweise hinzu. Laut Wikileaks-Angaben, die nun den französischen Medien zur Verfügung stehen, wurden die Präsidenten Frankreichs zumindest zwischen 2006 und Mai 2012 von der Amerikanischen Sicherheitsagentur überwacht. Abgehört wurden auch Telefonate einer Reihe von Ministern, ranghohen Beamten und Diplomaten, einschließlich des Botschafters Frankreichs in den USA.

Dan-news.info: Fünfzehn Wohnhäuser wurden in Dokutschajewsk in der Folge des letzten Beschusses der Stadt am 23. Juni durch ukrainische Truppen zerstört, teilte der Leiter der

Stadtverwaltung Jewgenij Bunjo mit.

„Unsere Kommission zu Zerstörungen hat die Orte der Beschüsse besucht. Zerstört wurden 15 Häuser, manche vollständig, bei manchen ist das Dach beschädigt, es gibt zerstörte Fenster, die Türen sind herausgerissen“, sagte er.

Der Leiter der Stadtverwaltung fügte hinzu, dass dabei auch ein Kindergarten in der Ortschaft Jasnoje, die zum Dokutschajewsker Verwaltungsbereich gehört, beschossen wurde. „Er gerät regelmäßig unter Feuer, schon seit acht Monaten, die ukrainischen Truppen zerstören ihn schrittweise bis zu den Grundmauern“, sagte Bunjo.

Dan-news.info: „Die Intensität der Beschüsse durch die ukrainische Seite betrug in den letzten 24 Stunden 10 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung“, teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit.

Nach Informationen des Ministeriums wurden 54 Granatgeschosse des Kalibers 82 und 120mm auf das Territorium der Republik geschossen. Außerdem verwendet der Gegner auch andere Schusswaffen.

Beschossen wurden Donezk (Petrowskij-Bezirk und das Territorium des Flughafens), Logwinowo, Spartag und Nabereshnoje.

Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung und den Milizen liegen noch nicht vor.

De.sputniknews.com: 380 US-Fallschirmjäger bilden derzeit die Truppen der ukrainischen Nationalgarde aus, wie Andrej Taranow, Vizechef der Präsidentenadministration, mitteilte.

„Wir hoffen, dass die US-Regierung eine Entscheidung hinsichtlich der Ausbildung von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte trifft“, sagte er Dienstagabend im ukrainischen Fernsehen. Momentan trainieren die US-Militärausbilder ausschließlich Soldaten der Nationalgarde, betonte er.

Im April waren 300 US-Fallschirmjäger in der Ukraine eingetroffen, um an der Kommandostabsübung Fearless Guardian 2015 im westukrainischen Gebiet Lwiw teilzunehmen. Russlands Außenministerium erklärte dazu, dass die Ausbildung ukrainischer Soldaten im Umgang mit Waffen und Kriegstechnik aus westlicher Produktion als erster Schritt zur Lieferung moderner US-Ausrüstungen in die Ukraine bewertet werden kann.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30237/63/302376366.jpg>

Lug-info.com: Die Behörden von Lugansk kontrollieren die Situation mit der Wasserversorgung des oberen Teils des Kamennobrodskij-Bezirks, das Wasserleitungsnetz ist gefüllt, teilte der stellvertretende Leiter der Lugansker Stadtverwaltung Andrej Katanow mit.

Die drohende Gefahr einer Einstellung der Wasserversorgung in dem Wohngebiet entstand

in Zusammenhang mit einem Stopp des Petrowskij-Wasserwerks.

„Während der letzten beiden Wochen des Funktionierens des Petrowskij-Wasserwerks konnten Spezialisten das wasserführende Netz füllen, deshalb ist dort derzeit noch Wasser. Daher können wir einmal in zwei bis drei Tagen Wasser in den oberen Teil des Kamennobrodskij-Bezirk liefern“, sagte Katsanow.

„Wenn in den nächsten Tagen das Petrowskij-Wasserwerk seine Arbeit nicht wieder aufnimmt, so werden wir wieder nach Plan Wasser heranfahren, wie es schon vorher war. Zurzeit ist das nicht notwendig“, sagte der stellvertretende Bürgermeister. Gestern war die Wasserzufuhr aus dem Petrowskij-Wasserwerk, das auf dem von den ukrainischen Truppen kontrollierten Gebiet liegt, eingestellt worden.

Nachmittags:

Dan-news.info: Mitteilungen des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin gegenüber der Presse (Zusammenfassung mehrerer Mitteilungen)

„Das Feuer auf Bezirke der Stadt Donezk kommt von den Positionen der 28. mechanisierten Brigade unter dem Kommando des Oberstleutnants Wjatschewslaw Leschtschinskij.“

Beim Beschuss der DVR in den letzten 24 Stunden gab es keine Opfer, weder unter den Milizen noch unter der Zivilbevölkerung, sagte Basurin.

„Die Aufklärung der Streitkräfte der DVR stellt eine Verstärkung der Gruppierungen der ukrainischen Streitkräfte fest. So wurde in Lastotschniko die Stationierung von drei 122-mm-Haubitzen D-30 festgestellt.“

„Es werden weiterhin soziale Objekte von Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte auf dem von Kiew kontrollierten Territorium besetzt. Nach Angaben unserer Aufklärung wurde auf dem Territorium der Schule Nr. 61 der Stadt Mariupol die Stationierung von Personal des Bataillons „Asow“ mit einer Anzahl von etwa 600 Personen mit Waffen und Militärtechnik festgestellt.“

„Die genannten Informationen bestätigen ein weiteres Mal, dass im Fall einer Wiederaufnahme der aktiven Kämpfe die Kommandeure der nationalistischen Abteilungen der Ukraine sich hinter dem Rücken der Zivilbevölkerung verstecken werden, um sich selbst zu schützen“, unterstrich Basurin.

De.sputniknews.com: Es gibt keine Chemiewaffen in der selbsterklärten Donezker Volksrepublik (DNR), teilte der Vize-Befehlshaber der Volkswehr, Eduard Bassurin, am Mittwoch der Nachrichtenagentur RIA Novosti mit. Zuvor hatten die ukrainischen Sicherheitskräfte erklärt, dass die Donezker Volkswehr angeblich chemische Kampfstoffe besitzt.

„Die Armee der Volksrepublik hat niemals über chemische Waffen verfügt. Dieses Statement ist eine erneute Provokation seitens der ukrainischen Sicherheitskräfte“, sagte Bassurin. Solche Erklärungen hätten zum Ziel, der DNR künftig den Gebrauch von verbotenen Waffen vorzuwerfen, so Bassurin.

De.sputniknews.com: Straßenproteste in Jerewan: Neue bunte Revolution?

In Armeniens Hauptstadt Jerewan dauert seit Freitag der Massenprotest gegen die geplante Erhöhung der Strompreise an.

Die Protestaktion gegen die Erhöhung der Strompreise hatte am Freitag im Stadtkern von Armeniens Hauptstadt Jerewan begonnen. Montagabend startete ein Protest-Umzug Richtung Präsidentenadministration. Dienstagvormittag trieb die Polizei die Teilnehmer des Protestes unter Einsatz von Spezialtechnik auseinander.

Rund 240 Menschen, darunter auch Journalisten, wurden festgenommen. 25 Personen benötigten ärztliche Hilfe. Später wurden alle Festgenommenen auf freien Fuß gesetzt, so die Polizei.

Die Protestler fordern, die Entscheidung des Ausschusses für die Regelung öffentlicher Dienstleistungen vom 17. Juni über eine Erhöhung der Strompreise aufzuheben.

Die aktuellen Proteste in Armenien gleichen vollständig der ersten Phase des Staatsstreichs in der Ukraine im Februar 2014, wie Igor Morosow, Mitglied des Föderationsrates (russisches Oberhaus), am Mittwoch gegenüber RIA Novosti sagte.

Die Entwicklung könnte dabei von den USA gesteuert werden. Dies umso mehr, als die US-Botschaft in Armenien eine der größten US-Vertretungen im Ausland sei....

In Armenien könnte es zu einem Staatsstreich kommen, wie das vor einem Jahr in der Ukraine der Fall gewesen war, so Morosow, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Oberhauses.

„Armenien steht kurz vor einem Staatsstreich unter Anwendung von Schusswaffen“, sagte er am Mittwoch gegenüber RIA Novosti. „Dies wird geschehen, wenn Landespräsident Serge Sargsjan keine Lehren aus dem ukrainischen Maidan zieht.“

Die jetzigen Ereignisse in Armenien wiederholen vollständig die erste Phase des Staatsstreichs in der Ukraine, betonte er. „Damals hatte sich die ukrainische Opposition auch geweigert, sich mit Präsident Viktor Janukowitsch zu treffen, und an die europäische Gemeinschaft appelliert“, so Morosow.

„Vor den Kundgebungsteilnehmern traten ebenfalls Politiker aus Europa auf.“

Damals sei offensichtlich gewesen, dass die US-Botschaft in Kiew dieses Szenario lenkte.

„Die US-Botschaft in Armenien nimmt auch an den jetzigen Ereignissen in Jerewan aktiv teil“, betont er. „Dabei sollte erwähnt werden, dass die diplomatische Vertretung der Vereinigten Staaten in Armenien eine der zahlenmäßig größten US-Vertretungen im Ausland ist. Nach der Anzahl der Botschaftsmitarbeiter belegt sie Rang zwei nach der US-Botschaft im Irak – obgleich Armenien kein sehr großes Land ist.“



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30291/83/302918354.jpg>

Dan-news.info: Etwa 100 zivile Einwohner von Spartak in der Nähe des Donezker Flughafens wurden seit Beginn des militärischen Konflikts im Donbass getötet. Dies teilte der Vertreter der Ortsverwaltung Wera Anuschina mit.

„Seit Mai 2014 leiden wir unter dem Krieg. In dieser Zeit sind etwa 100 Einwohner der Ortschaft getötet worden, verletzt wurden im Ganzen etwa 400-500 Menschen. Kinder wurden zum Glück nicht getötet, aber sie wurden verletzt“, erzählte sie.

Nach ihren Worten leben zurzeit in der Ortschaft 80 Menschen, darunter zwei Kinder von 8 und 14 Jahren sowie zwei bettlägerige alte Menschen. Vor dem Krieg betrug die Bevölkerung 3000 bis 5000.

De.sputniknews.com: Die von Moskau als Antwort auf Russland-Sanktionen des Westens beschlossenen Handelseinschränkungen werden laut Präsident Wladimir Putin ab Mittwoch um ein weiteres Jahr verlängert.

Der Regierungschef habe in einem Schreiben eine Verlängerung der Maßnahmen beantragt, „die wir als Antwort auf Schritte unserer ausländischen Partner verhängt hatten“, sagte Putin am Mittwoch.

„Heute habe ich in Übereinstimmung mit diesem Antrag einen Erlass über die Verlängerung der Gültigkeit der speziellen Wirtschaftsmaßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit Russlands unterzeichnet.“

„Wir der Regierungsvorsitzende bereits vorgeschlagen hat, verlängern wir unsere Antwortmaßnahmen ab heute um ein weiteres Jahr“, so Putin weiter. „Ich denke, dass dies ein guter Orientierungspunkt für die einheimischen Landwirtschaftsproduzenten sein wird.“

De.sputniknews.com: Die Nato-Verteidigungsminister werden bei ihrem Treffen am Donnerstag und Freitag Maßnahmen treffen, um die Verteidigungsinstitute Moldawiens zu stärken, wie Jens Stoltenberg, Nato-Generalsekretär, vor Beginn der Ministersitzung äußerte.

„Ich erwarte, dass wir ein Maßnahmenpaket zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit billigen werden, um Moldawien zu helfen, die Verteidigungs- und Sicherheitsinstitute zu stärken“, sagte Stoltenberg vor Journalisten.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30292/03/302920369.jpg>

Dan-news.info: Der ukrainische Freiwillige Jurij Tandit verfügt nicht über Information und Vollmachten, die notwendig sind, um das Thema des Austauschs von Gefangenen zwischen Kiew und der DVR zu kommentieren, erklärte heute die Bevollmächtigte der DVR zu Menschenrechten Darja Morosowa.

„Der ukrainische Freiwillige Jurij Tandit verfügt nicht über Informationen, außerdem ist er nicht bevollmächtigt irgendwelche Kommentare zu dieser Angelegenheit abzugeben. Weshalb seine Erklärungen keinerlei Sinn haben.“

Zuvor hatte das Mitglied der Kommission zu Angelegenheiten von Kriegsgefangenen der DVR Lilija Rodionowa mitgeteilt, dass Tandit bei den ersten beiden Gefangenaustauschen teilgenommen hatte, aber die DVR sich im weiteren wegen unzuverlässiger Handlungen der ukrainischen Seite geweigert hat, mit dem Freiwilligen zusammenzuarbeiten.

Gestern hatte Tandit in einer Fernsehsendung erklärt, dass Kiew angeblich damit rechnet, ukrainische Soldaten aus „der Gefangenschaft im Donbass“ zu befreien.

Die Regierung der DVR besteht auf einer schnellen Annahme des Gesetzes über die Amnestie in Übereinstimmung mit den Minsker Vereinbarungen. Nach den Worten des stellvertretenden Sprechers des Volkssowjets Denis Puschilin, ist dieses Gesetz für die Durchführung eines Gefangenaustauschs im Format „alle gegen alle“ notwendig.

De.sputniknews.com: Ein Flugzeug des russischen Zivilschutzministeriums (MTschS) hat am Mittwoch Hilfsgüter für die Bevölkerung der Donbass-Region nach Rostow am Don gebracht. Demnächst sollen Lastkraftwagen diese humanitäre Hilfe in die Volksrepubliken Lugansk und Donezk bringen, wie der Pressedienst des Ministeriums mitteilte.

„Heute ist eine Transportmaschine vom Typ Il-76 des russischen MTschS vom Flugplatz Ramenskoje bei Moskau nach Rostow am Don geflogen. An Bord des Flugzeuges befinden sich 32 Tonnen humanitärer Hilfe. Der größte Teil der Hilfsgüter besteht aus Arzneimitteln, darunter auch Insulin, immunosuppressive Mittel und Antiseptika“, so der Pressedienst des Ministeriums.

In Rostow am Don werden russische Lastkraftwagen mit Medikamenten und Lebensmitteln beladen. Der neue Hilfskonvoi wird mit Unterstützung des Rettungszentrums „Donskoj“ gebildet.

Am Donnerstag soll der Konvoi die Hilfsgüter in die Gebiete Donezk und Lugansk bringen. Seit August 2014 wurden mehr als 22.000 Tonnen Hilfsgüter in die Gebiete Donezk und Lugansk in der Ostukraine gebracht.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30272/79/302727937.jpg>

Dan-news.info: Die Einwohner der Ortschaft Spartak im Bereich des Donezker Flughafens sind nicht bereit evakuiert zu werden, trotz der regelmäßigen Beschüsse der ukrainischen Truppen, teilte heute die Vertreterin der örtlichen Behörden Spartaks Wera Anuschina mit. „Uns hat man mehrfach vorgeschlagen wegzugehen, uns an einem sicheren Ort anzusiedeln. Wenn wir weggehen, so werden wir dann unsere letzten Sachen nicht finden. Wir werden Erdbunker bauen, aber von unserer Heimat Erde werden wir nicht weggehen“, erklärte sie.

Nach ihren Worten befassen sich die Einwohner unter Kriegsbedingungen weiter mit ihren Wirtschaften und sorgen nach Möglichkeit für ihren Lebensunterhalt. „Unsere Einwohner werden direkt auf der Straße getötet. Aber dennoch setzen sie Kartoffeln, Tomaten, Gemüse und gießen die Setzlinge aus Brunnen. Sie haben auch Viehzucht – Ziegen, Gänse, Schweine und Hühner“, sagte Anuschina.

Nach Angaben der Vertreterin der örtlichen Behörden sind in der Ortschaft fast alle Wohnhäuser zerstört, auch die Schule, der Kindergarten und das Krankenhaus, es gibt keinerlei Infrastruktur. „Einzelnen ist ein ganzes Dach geblieben. Die Menschen versuchen die Dächer zu reparieren, aber beim nächsten Mal treffen sie wieder Geschosse. Wir leben dank unserer Landwirtschaft, humanitärer Hilfe, die alten Leute erhalten Renten. Wir gehen um unsere Telefone aufzuladen in die benachbarte Ortschaft Gorkij.“

Die Position der ukrainischen Truppen befindet sich 500 Meter von der Ortschaft, „über ein Weizenfeld“. Jeden Tag, hauptsächlich ab 18 Uhr bis zum Morgen des nächsten Tages schießen die ukrainischen Streitkräfte mit Artillerie und Granatwerfern aus Opytnoje und

Awdejewka.

Die Behörden der Republik haben im letzten Monat mehrfach Versuche einer freiwilligen Evakuierung der Einwohner der frontnahen Städte und Dörfer unternommen. Teile der Einwohner der Siedlung Oktjabrskij evakuiert. Am 16. Juni wurden alle Einwohner Schiroke in einer gemeinsamen Anstrengung der örtlichen Behörden und der Miliz evakuiert.

De.sputniknews.com: Die Europäische Union will die angeblich russische Propaganda in den postsowjetischen Staaten bekämpfen und plant Maßnahmen gegen russische Medien wie Sputnik und den TV-Sender RT.

Um dem russischen TV-Sender RT und dem Medienprojekt Sputnik, die „manipulierte Informationen veröffentlichen und feindliche Rhetorik aus ihren Büros in EU-Ländern verbreiten“, Widerstand zu leisten, will die EU-Kommission die Kooperation zwischen den nationalen Aufsichtsbehörden vertiefen, darunter mittels häufiger Treffen der Europäischen Gruppe der Regulierungsbehörden. Zudem will die EU-Kommission einen neuen Gesetzgebungsvorschlag zur Verbesserung der Rechtsbasis vorlegen, um den aktuellen Herausforderungen angemessen begegnen zu können, schreibt das Portal EUObserver. Außerdem will die EU Informationsmaterial in russischer Sprache an Pressestellen, Delegationen und EU-Mitgliedsstaaten weitergeben. Mit diesen Informationen soll den Bürgern verdeutlicht werden, dass die politischen und wirtschaftlichen Reformen der EU ihr Leben positiv beeinflussen.

„Die Europäische Union versucht beharrlich die alternative Stimme von RT zu dämpfen, während es in Europa hunderte Zeitungen, TV- und Rundfunksender gibt, die nur eine Sicht auf die Lage in der Welt anbieten“, sagte die Chefredakteurin des TV-Senders RT, Margarita Simonjan.

„In Großbritannien wurde eine ganze Armeebrigade aus 1500 Menschen geschaffen, die unter anderem damit beauftragt wurden, Russland in den sozialen Netzwerken zu bekämpfen. In einem Nato-Ausschuss gibt es eine spezielle Gruppe, die dem russischen Einfluss in der Welt Widerstand leisten soll. Vor einigen Tagen startete die Deutsche Welle einen 24/7-Sendebetrieb in englischer Sprache als Gegengewicht zu RT. Dabei verbreiten fast alle größeren westlichen Medien wie BBC, DW und Euronews seit langem Nachrichten in russischer Sprache. Der von den USA finanzierte Rundfunksender Radio Free Europe sendet ebenfalls auf Russisch. Falls nach alledem sich die EU immer noch darüber beschwert, dass sie den Informationskrieg gegen Russland verliert, ist vielleicht die Zeit gekommen, zu begreifen, dass die Menschen die einseitige Bereitstellung von Nachrichten durch die Mainstream-Medien satt haben“.

Nach EUObserver-Angaben soll die Gruppe aus EU-Experten „East StratComTeam“ heißen und im September gestartet werden.

Abends:

Dnr-online.ru: Derzeit funktionieren die Minsker Vereinbarungen nicht. Dies erklärte am 24. Juni in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Andrej Purgin.

„Zurzeit funktionieren die Minsker Vereinbarungen nicht, es läuft ein träger Verhandlungsprozess. Wir hofften auf das gestrige Treffen der „Normannischen Vier“, aber aus diesem ist nichts erfolgt“, erklärte Andrej Purgin.

Der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR sagte auch, dass die Kämpfe wegen des Fehlens einer politischen Lösung des Konflikts weitergehen.

„Die Ukraine hat eine Position eingenommen, die wir nicht überwinden können. Es erfolgen

keine Bewegungen weder zur Verschlechterung, d.h. wir befinden uns im Zustand schwacher Kämpfe, noch zur Verbesserung.“

Purgin drückte die Hoffnung aus, dass positive Ergebnisse der Verhandlungen im Juli dieses Jahres erreicht werden.

De.sputniknews.com: Die Europäische Union hat kein einziges Institut, das eine reale Kontrolle über die Wahrung der Menschenrechte im eigenen Verantwortungsgebiet ausüben könnte, wie Konstantin Dolgow, Beauftragter für Menschenrechte, Demokratie und Rechtshoheit des russischen Außenministeriums, RIA Novosti am Mittwoch sagte.

Zum neuesten EU-Bericht über die Situation mit den Menschenrechten und der Demokratie in der Welt im Jahr 2014 sagte Dolgow: „Die EU-Mitarbeiter belehren schon wieder alle rundherum und finden bei allen Fehler, ohne die eigenen Fehler zu bemerken. Denn sie wollen sich selbst nicht anschauen“.

„Die EU-Mitarbeiter melden beispielsweise ... Erfolge beim Schutz der Rechte der Angehörigen von Minderheiten, verschweigen jedoch zum wiederholten Male grundlegende Probleme auf diesem Gebiet in etlichen europäischen Ländern. Das trifft besonders für die Baltischen Länder zu, in denen gravierende, systematische und massenhafte Verstöße gegen die Rechte der russischsprachigen Minderheit zu beobachten sind“, so Dolgow.

„Der Raum der Europäischen Union ist erneut ausgeklammert worden. Und es gibt kein seriöses Institut, ja gar kein Institut in der EU, das die Wahrung der Menschenrechte im EU-Raum real überwachen und eine Kontrolle darüber ausüben könnte“, so der Ombudsmann. Ihm zufolge gibt es eine gewaltige Menge an solchen Problemen in der Europäischen Union, so der Umgang mit Migranten.

Laut Dolgow hat auch „der gesamte Kreis von Problemen in der Ukraine, darunter ... die unverblühte Welle des Neonazismus, die die Ukraine erfasst hat und deren Echo sich über einige andere EU-Mitgliedsländer, darunter die Baltischen, ausbreitet, in dem Bericht keinen Niederschlag gefunden“.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30292/58/302925891.jpg>

Novorosinform.org: Der Sicherheitsdienst der Ukraine hat in einer „Spezialoperation“ Warenlieferungen in die DVR und LVR verhindert. Wie das Pressezentrum des SBU berichtet waren daran „Kämpfer eines Freiwilligenbataillons und einige Soldaten der Armee“ beteiligt.

Insgesamt seien acht Lastwagen in der Nähe der Siedlung Staniza Luganskaja gestoppt worden, die sich in Richtung der Kontaktlinie bei Lugansk bewegten.

Novorossia.su“ Das Problem der Versorgung der DVR mit Medikamenten aus Russland wird in den nächsten Tagen gelöst werden, sagte er heute während der "Direkten Linie" das Oberhaupt der DVR Alexander Sachartchenko.

"Zum jetzigen Zeitpunkt stehen wir in Verhandlungen mit Russland über den Kauf von Medikamenten, sagte er. – Die wichtigste Aufgabe besteht im Ersatz der Medikamente, die die Bürgerinnen und Bürger gewohnt sind, in Apotheken zu erwerben, zu einem vertretbaren Preis".

Der Chef der Republik, sagte, dass bis zum Ende der Woche mehrere Treffen stattfinden werden, in deren Ergebnis „wir sicher sagen können werden, dass die Frage Lieferung von Medikamenten aus Russland gelöst ist."

„Danach werden wir die auf dem Pharmamarkt tätigen Unternehmen zusammennehmen und ihnen die Modalitäten für die medizinische Versorgung aus der Russischen Föderation bekanntgeben", fügte er hinzu.

Dabei betonte Sachartchenko, dass der Bedarf an Medikamenten für Krankenhäuser bis zum Ende der Woche auf Basis der russischen humanitären Hilfe gedeckt werden wird.

„Letzte Woche haben wir mehr als 25 Tonnen medizinische Hilfsgüter im Rahmen der humanitären Hilfe der Russischen Föderation bekommen. Bis zum Ende dieser Woche werden sie den Krankenhäusern zur Verfügung gestellt", ergänzte er.